

zu melden. Werden die Transaktionen nicht gemeldet, müssen die Finanzinstitute bis zu 30.000 Yuan (3.624 US\$) Strafe zahlen.

Zhao Xijun, Professor an der School of Finance der Volksuniversität, wies auf drei typische Stufen bei der Geldwäsche hin. Zunächst würden die illegalen Mittel über Einlagen bei Finanzinstituten, über Banküberweisungen oder andere Kanäle angelegt. Der nächste Schritt sei die Verteilung der Mittel auf verschiedene Aktivitäten und drittens die Nutzung legitimer Transaktionen, um die illegalen zu verbergen. Im Allgemeinen umfassen die illegalen Geschäfte Schmuggel, Erpressung, Diebstahl, Betrug und sonstige kriminelle Delikte. Zur Geldwäsche werden oftmals Devisenmärkte, Aktienhändler, Goldmärkte, Kasinos, Versicherungs- und Handelsgesellschaften sowie Banken, Freihandelszonen und elektronische Geldtransaktionen benutzt. (FBIS, 24.1.03)

Die Frage der Geldwäsche ist seit einigen Jahren ein Thema, dass die Zentralbank aufgegriffen hat. Im Oktober 1997 wurden dazu bereits Bestimmungen veröffentlicht, die insbesondere Banken betrafen, einschließlich die Einrichtung von Bankkonten. Im September 2002 fand ein Treffen der Präsidenten der Geschäftsbanken zum Thema Geldwäsche statt, an dem auch das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Finanzministerium teilnahmen. Im Anschluss daran gründete die Zentralbank ihr eigenes Büro zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Überwachung verdächtiger Transaktionen. (FBIS, 24.1.03)

Die Zentralbank soll außerdem eine Warnung veröffentlicht haben, dass der Zufluss von Kapital in den nunmehr offenen B-Aktienmarkt für inländische Kunden auch Gefahren berge. Die Aufsichtsbehörden sollen wiederholte Devisen-Kreditaufnahmen kontrollieren, die zur Finanzierung von Spekulationsgeschäften im B-Aktienmarkt erfolgen. (AWSJ, 15.1.03) -schü-

27 Shanghai: Zweistelliges Wachstum auch in 2002

Shanghai hat sich auch im Jahre 2002 als die führende Wirtschaftsmetropole erwiesen und konnte mit einem Wachstum von rd. 11% sein zweistelliges Entwicklungstempo fortsetzen. Vor allem der Dienstleistungs- und Immobiliensektor waren die Motoren dieses schnellen Wachstums; ihre Wachstumsraten lagen bei 17% und 14%. (XNA, 5.1.03)

Das Entwicklungstempo im Industrie-sektor war ebenfalls sehr schnell. Der Industrieoutput stieg zwischen Januar bis November 2002 um rd. 13%, die industrielle Wertschöpfung nahm um 12,5% zu. Der Gewinn der Unternehmen nach Steuern belief sich auf rd. 50 Mrd. Yuan, eine Zunahme um rd. 10%. (XNA, 16.1.03)

Shanghai konnte seine Funktion als internationales Finanzzentrum weiter ausbauen. So hatten sich bis Ende 2002 bereits 77 ausländische Finanzinstitute in Shanghai angesiedelt. 30 ausländische Banken hatten die Genehmigung, Transaktionen in chinesischer Währung durchzuführen. (XNA, 20.1.03)

Shanghai war auch in 2002 das Zentrum des Tourismus in China. Insgesamt reisten 2,7 Mio. ausländische Besucher nach Shanghai. Deviseneinnahmen aus dem Tourismus in Shanghai beliefen sich auf rd. 2 Mrd. US\$, ein Anstieg um 30% gegenüber dem Vorjahr. (XNA, 4.1.03)

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor war der Hafen, der im letzten Jahr rd. 260 Mio. t Güter umschlug. In diesem Jahr soll vor allem der Schwerpunkt auf die Verbesserung der Hafenverwaltung gelegt werden. (XNA, 28.1.03)

Zwischen 1998 und 2002 flossen rd. 34 Mrd. US\$ an vertraglich vereinbarten Direktinvestitionen nach Shanghai. Im letzten Jahr konnte die Stadt rd. 10,5 Mrd. (43%) vertraglich zugesagter Direktinvestitionen absorbieren; der Umfang der tatsächlich realisierten Direktinvestitionen belief sich auf rd. 5 Mrd. US\$ (+14%). (XNA, 17.1.03)

Shanghais Attraktivität für ausländische Investoren ist in den letzten Jahren gestiegen, sodass die Metropole

neben dem Perlflossdelta in Südchina der wichtigste Standort geworden ist. (HB, 27.1.03) -schü-

SVR Hongkong

28 Regierungserklärung Tung Chee-hwa – Neue Hiobsbotschaft, neues Format

Die ursprünglich wie jedes Jahr im Oktober 2002 erwartete Regierungserklärung (*zhengzhi baogao/policy address*) gab Tung Chee-hwa verspätet am 8. Januar vor der Legislativversammlung ab. Wie im Oktober offiziell verlautbart worden war, hatte man die erste Regierungserklärung der zweiten Amtszeit des *Chief Executive* um drei Monate hinausgeschoben, um der neuen Regierungsmannschaft mehr Zeit für die politische Abstimmung zu geben und die Bekanntgabe näher an den Termin der für März anberaumten Haushaltsbeschlüsse zu rücken (vgl. C.a., 2002/10, Ü 36, 2002/11, Ü 36).

Ein weiterer offensichtlicher Grund für die Verschiebung war aber sicherlich auch die Tatsache, dass Tung Chee-hwa angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage Hongkongs allzu unangenehme Nachrichten zu verbreiten hatte. Nicht zu verbergen war dabei, dass sich die Situation seit 1997, als Tung Chee-hwa seine erste Regierungserklärung abgegeben hatte, stetig verschlechtert hat und – trotz aller zweckoptimistischer Rhetorik – keine Patentrezepte zur Lösung der immer gravierenderen Probleme zur Verfügung stehen. Im Rückblick haben die Regierungserklärungen seit der Rückgabe Hongkongs ihren Charakter deutlich gewandelt. 1997 wurde die großartige Zukunft der SVR gefeiert, die sich ihrer Werte durchaus bewusst war: „civilized, prosperous, stable and democratic, filled with new vitality“. 1998 wurden angesichts der Asienkrise zukunftssträngige Wachstumswege gewiesen; die Hoffnung sah man dabei vor allem in innovativen Technologien. 1999 stellte die Regierung unter dem Titel „Quality People, Quality Home“ umfängliche Investitionen in den Bereichen Bildung und

Forschung in Aussicht, um ein lebendiges Umfeld für Hongkongs Zukunft als „world city“ zu schaffen. 2000 häuften sich bereits die Hinweise auf nachhaltige wirtschaftliche Probleme; um den wachsenden gesellschaftlichen Unmut aufzufangen, kündigte Tung ein System stärkerer politischer Verantwortlichkeit der Exekutive an. Der Krisenkenner verstärkte sich im Jahr 2001, als der Regierungschef angesichts sinkender Wachstumsprognosen und Befürchtungen vor einer weltweiten Rezession eingestand, dass die Hongkonger Bevölkerung sich auf „drawn out economic hardship“ einstellen müsse, ohne allerdings durchschlagende Lösungsstrategien anbieten zu können (C.a., 2001/10, Ü 29). Im Vergleich dazu stellte sich die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation nun noch einmal um einiges düsterer dar – ein schmerzhafter Umstand, dem Tung Chee-hwa offenbar durch ein neues Public-Relations-Format der jüngsten Regierungserklärung auszuweichen versuchte.

So hatte sich der Regierungschef diesmal dazu entschlossen, anders als in früheren Regierungserklärungen, die inhaltlich sehr breit angelegt waren und alle wichtigen Sektoren umfassten, seine Rede thematisch auf zentrale Probleme zu fokussieren und in ihrer Länge deutlich zu reduzieren. Die Verkündung konkreter Details über die weiteren Regierungspläne der verschiedenen Ressorts überließ er den Mitgliedern seines Kabinetts. Das gleiche Prinzip der Delegation von Detailerklärungen wählte er auch für die sich üblicherweise an die Regierungserklärung anschließende öffentliche Aussprache in den Medien. So verzichtete er darauf, sich wie in den Vorjahren einer offenen Fragestunde im Rundfunk zu stellen, und schickte stattdessen drei ministerielle Vertreter vor, die zur Beantwortung spezifischer Fragen zur Verfügung stehen sollten: Donald Tsang, der *Chief Secretary*, Antony Leung, der *Financial Secretary*, sowie Lam Woon-kwong, der Direktor der Kanzlei des *Chief Executive*. Wie diese Manöver deutlich machen, schien es Tung Chee-hwa in diesem Jahr nicht angeraten, sich persönlich allzu weit ins Kreuzfeuer der zu erwartenden Kritik zu begeben.

Unter dem Titel „Capitalizing on Our Advantages, Revitalizing Our Economy“ verkündete Tung Chee-hwa die Hiobsbotschaften in knapper und bündiger Weise. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme seien seit dem Zweiten Weltkrieg ohne Beispiel. Eine seit über vier Jahren anhaltende Deflation, sinkende private Vermögenswerte und hohe Arbeitslosigkeit belasteten Hongkong zunehmend. Anlass zur Sorge gebe vor allem das Haushaltsdefizit, das aufgrund niedriger Fiskaleinnahmen und hoher Sozialausgaben inzwischen auf über 5% des Bruttosozialprodukts angestiegen sei. Internationale Kreditrating-Agenturen planten bereits, die Kreditwürdigkeit der SVR aufgrund des hohen Haushaltsdefizits herabzustufen – ein Szenario, das der Hongkonger Wirtschaft einen weiteren empfindlichen Schlag versetzen dürfte.

Angesichts dieser schwierigen Situation sei es umso vordringlicher, alles zu tun, um einen Ausweg zu finden, auch wenn dies einige Jahre in Anspruch nehmen würde. Um das Budgetdefizit zu bewältigen, stellte der Regierungschef einen dreiteiligen Ansatz vor, der aus der Wiederbelebung der Wirtschaft als Hauptziel und ergänzenden Maßnahmen zur fiskalischen Einnahmensteigerung und Ausgabenkürzung bestand (zu den konkreten Maßnahmen im Bereich wirtschafts- und bildungspolitischer Strategien s. die folgenden Übersichten in dieser Sparte).

In allen drei Bereichen berührte Tung Chee-hwa damit kontroverse Themenfelder. Die Hauptchance für eine wirtschaftliche Gesundung sah er in einer stärkeren Integration mit dem chinesischen Festland, insbesondere mit dem Perlflossdelta – ein Rezept, dem sich demokratische Kräfte aus Furcht vor einer damit verbundenen politischen Vereinnahmung Hongkongs durch die Volksrepublik erbittert entgegenstemmen. Angesichts der wachsenden ökonomischen Abhängigkeit der SVR vom chinesischen Hinterland scheint es hier allerdings kaum noch ein Zurück zu geben, auch wenn das Verhältnis zu den „Partnern“ in Guangzhou und den anderen angrenzenden Regionen keineswegs einfach ist.

Auf Kritik stießen ebenfalls die Vorschläge des Regierungschefs zur Stei-

gerung der Fiskaleinnahmen durch eine „angemessene“ Anhebung von Steuern und Gebühren. Nicht nur rhetorisch dürfte es hier schwer fallen, eine Balance zwischen dem finanziellen Aufstockungsbedarf des Staatshaushalts und dem Anspruch auf die Bewahrung eines „simple and low tax system“ zu finden.

Zu heftigen öffentlichen Kontroversen führte aber vor allem die Ankündigung des dritten Maßnahmenpakets, nämlich der Kürzung fiskalischer Ausgaben. Obwohl Tung Chee-hwa hier auf detailliertere Ausführungen zu den konkreten Sparplänen verzichtete und sich zu betonen bemühte, dass man dabei äußerst behutsam vorgehen und auf die ohnehin schwierige Situation einkommensschwacher Gruppen besondere Rücksicht nehmen wolle, konnte er den Eindruck erheblicher Lasten für die Bevölkerung nicht vermeiden. Um diese zur Solidarität und Opferbereitschaft zu ermutigen, kündigte er an, dass er selbst, seine vierzehn Minister und der Leiter der Zentralen Politikplanungseinheit sich bereit erklärt hätten, ab dem 1. April 2003 auf 10% ihres Gehalts zu verzichten. Kritiker warfen ihm daraufhin vor, durch diesen Schritt den gesamten öffentlichen Dienst unter Druck zu setzen, ebenfalls neuerliche Gehaltskürzungen hinzunehmen, obwohl dessen Gehälter erst vor kurzem empfindlich gekürzt worden waren (vgl. C.a., 2002/5, Ü 28). Tung verteidigte sich damit, dass seine Ankündigung vor allem als symbolische Geste zu verstehen sei und sich ausschließlich auf die Gruppe politischer Beamter, nicht aber auf die Angehörigen des *Civil Service* bezogen habe, von denen freilich keine entsprechenden Kürzungen erwartet werden könnten. Ungeachtet dessen wurden bereits in den Folgetagen konkretere Pläne für eine Neuaufgabe des bestehenden Vorruhestandsmodells ausgearbeitet, mithilfe dessen das Personal im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren von derzeit 178.000 auf 160.000 reduziert werden solle. Wie hier deutlich wird, werden dem *Civil Service* also in den kommenden Jahren weitere erhebliche Opfer abverlangt werden, ein Umstand, der sich nicht unbedingt positiv auf die politische Gestaltungs- und Um-

setzungskraft der Hongkonger Verwaltung auswirken dürfte.

Die politischen Akteure in Hongkong reagierten unterschiedlich, wenn auch alle relativ verhalten, auf Tung Chee-hwas Regierungserklärung. Wie zu erwarten, lobten die Beijing-nahen Parteien die Weitsicht der vorgelegten Pläne, insbesondere die Maßnahmen zur weiteren wirtschaftlichen Integration mit dem Perlfussdelta. James Tien, Chef der Liberalen Partei, konnte sogar den geplanten Steueranhebungen Positives abgewinnen, sofern diese tatsächlich mit dezidierten Ausgabenkürzungen des Staatshaushalts einhergingen. Demgegenüber kritisierten demokratische Kräfte die Rede Tung Chee-hwas als substanzlos und zu vage. Kritisiert wurden von ihrer Seite insbesondere der Verrat Hongkongs durch die forcierte Annäherung an das Festland, aber auch die untauglichen wirtschaftspolitischen Konzepte, die keinerlei politische Kompetenz verrieten. Vor der Legislativversammlung legte Albert Ho, Abgeordneter aus dem demokratischen Parteienlager, Tung Chee-hwa nahe, sein Amt als Regierungschef jemandem zu überlassen, der für die politische Führung Hongkongs besser qualifiziert sei.

In der Tat erscheinen die Aussichten für die Zukunft der SVR nicht günstig. Die Chancen für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in absehbarer Zeit scheinen gering – die bestehenden Dilemmata der Wirtschaftspolitik wurden in der jüngsten Regierungserklärung durchaus treffend aufgezeigt. Dies kann auch tief greifende Wirkungen für die politische Lage in der SVR mitsichbringen, wenn die wirtschaftliche Krise eine Krise der Regierungsführung nach sich zieht, in der die fragilen demokratischen Prozeduren und Sicherheiten erodieren und die Legitimität und Effizienz der politischen Institutionen nach und nach sinken. Angesichts des ökonomisch derzeit so überlegenen Festlands finden sich immer weniger Verteidiger der demokratischen Werte und der politischen Autonomie Hongkongs. (Regierungserklärung im vollen chinesischen und englischen Wortlaut unter: <http://sc.info.gov.hk/gb/www.policyaddress.gov.hk/pa03/chi/policy.htm> bzw. www.policyaddress.gov.hk/

pa03/eng/policy.htm; SCMP, 8., 16.1.03; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 7., 8., 11., 12.1.03, nach BBC PF, 8., 9., 12., 13.1.03; XNA, 9., 10., 15.1.03) -hol-

29 Modifikationen am geplanten Anti-Subversions-Gesetz nach kontroversen Konsultationen

Nach Abschluss einer dreimonatigen Konsultationsphase hat die Hongkonger Regierung Ende Januar ihre im September 2002 in Form eines Konsultationspapiers vorgelegten Vorschläge für eine Anti-Subversions-Gesetzgebung (vgl. C.a, 2002/9, Ü 36) in Teilen modifiziert. Die seit 1997 hinausgeschobene Ausarbeitung eigenständiger Gesetze gegen Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion gegen die chinesische Zentralregierung und den Diebstahl von Staatsgeheimnissen, wie sie Art. 23 des *Basic Law* verlangt, steht damit vor der Einbringung in den formalen legislativen Prozess, der voraussichtlich Ende Februar beginnen soll.

Die dreimonatige Konsultationsphase, die am 24. Dezember 2002 endete, war von höchst kontroversen öffentlichen Debatten geprägt gewesen. Zahlreiche Gruppen hatten scharfe Kritik an dem Konsultationspapier geübt, darunter nicht nur die „üblichen“ Regierungskritiker aus dem demokratischen Parteienlager, Journalistenkreisen und Menschenrechtsorganisationen, sondern auch Juristen, westliche Diplomaten (vgl. C.a., 2002/11, Ü 34) und Vertreter in- und ausländischer Wirtschafts- und Bankenkreise, deren Stimmen in der Hongkonger Führung sicherlich einiges Gewicht besitzen dürften.

Der Hongkonger Anwaltsverband, dem über 800 Rechtsanwälte angehören, legte im Dezember ein 47-seitiges Papier vor, das die geplante Gesetzgebung als unnötig und unakzeptabel kritisierte: Die Vorschläge für eine Verletzung internationaler Vereinbarungen zu bürgerlichen Rechten dar und sei so vage formuliert, dass sie zu interpretatorischem Missbrauch einlade. Mangels ausreichender rechtsstaatlicher Schutzmechanismen drohten

die Vorschläge die Freiheiten der Meinungsäußerung und der Versammlung empfindlich zu beschneiden („Hong Kong Bar Association's Response to the Consultations Document on the Proposals to Implement Article 23 of the Basic Law“, Dokument im vollen Wortlaut als Anhang zu WSJ online, 10.10.02).

In- und ausländische Wirtschaftsvertreter gaben vor allem ihrer Sorge Ausdruck, dass die geplante Gesetzgebung die freie Beweglichkeit ausländischer Staatsbürger einschränken und die Medienfreiheit und damit den freien Informationsfluss in der SVR beeinträchtigen könnte. Ein Vertreter der britischen Handelskammer in Hongkong war mit der Feststellung zu vernehmen: „It's not that there is a danger of a major exodus of people out of Hong Kong. But what it will make people say is that Hong Kong is like the mainland. If we're going to accept diminished freedom, why not go directly into the mainland“ (zit. nach WSJ, 4.12.02).

Offenbar war das Interesse der breiten Bevölkerung an der Thematik zunächst relativ verhalten, nahm aber im Lauf der drei Monate stark zu. Die pointierte Kritik aus Juristen- und Wirtschaftskreisen, aber auch die zum Teil wenig sensiblen Reaktionen verschiedener Regierungsvertreter auf diese Kritik dürften latente Befürchtungen an die Oberfläche der öffentlichen Diskussion gebracht und maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Betroffenheit unter Hongkongern Bürgern wuchs. An einer Demonstration Mitte Dezember, zu der pro-demokratische Gruppierungen aufgerufen hatten, nahmen statt der erwarteten 5.000 Personen nach verschiedenen Schätzungen bis zu 60.000 Personen teil – damit wurden die Proteste zur größten Demonstration in der SVR seit 1997.

Die Folge der intensiven öffentlichen Debatte war, dass im Lauf der Konsultationsperiode über 97.000 Eingaben mit insgesamt über 340.000 Unterschriften von Hongkonger Bürgern, also knapp 5% der Bevölkerung, eingingen – ebenfalls eine historische Rekordmarke. Um mit dieser enormen Anzahl von Eingaben zu Rande zu kommen, wählten die Mitarbeiter des

Security Bureau, die mit der Auswertung betraut wurden, eine sehr simple Klassifikationsmethode: Alle von Organisationen und Individuen eingesandten Stellungnahmen wurden vorrangig danach eingestuft, ob sie sich eindeutig „für“ oder „gegen“ die Vorschläge der Regierung wandten bzw. „uneindeutig“ blieben. Danach hatten sich angeblich mehr als 68.000 Eingaben für die Vorschläge ausgesprochen, fast die dreifache Zahl derjenigen, die sich eindeutig dagegen wandten; 4.150 Eingaben waren als „uneindeutig“ in ihrer Aussage bewertet worden.

Heftige öffentliche Kritik rief die Tatsache hervor, dass offenbar zahlreiche Eingaben, die sich zwar nicht grundsätzlich gegen die Ausarbeitung eines Anti-Subversions-Gesetzes, wohl aber explizit gegen einzelne darin vorgesehene Regelungen verwarnten, als „uneindeutig“ eingestuft wurden – darunter auch Stellungnahmen ausgesprochen regierungskritischer Organisationen und Parteien. Als generell fragwürdig wurde die Auswertung der Eingaben nach einem so simplen Klassifikationsschema kritisiert, das vermute, dass die Regierung kein echtes Interesse an der inhaltlichen Diskussion habe. Methodisch problematisch sei außerdem eine angemessene Gewichtung der Stimmzahl in Eingaben von Organisationen und Individuen sowie die Tatsache, dass das *Security Bureau* die Auswertung selbst übernommen habe, anstatt sie einer unabhängigen Einrichtung zu übertragen.

Am 28. Januar legte die Hongkonger Regierung nun eine modifizierte Fassung ihrer Vorschläge für ein Anti-Subversions-Gesetz vor, in der sie auf die im Konsultationsprozess geäußerten Bedenken zumindest teilweise einging. Modifikationen wurden vor allem in den folgenden Punkten bekannt:

- In der neuen Version wurde eine Klausel fallen gelassen, wonach bereits der bloße Besitz von „aufreißerischen“ Publikationen als Straftatsbestand gelten sollte. So soll sich in Zukunft nur strafbar machen, wer solche Publikationen aktiv verbreitet.
- In der früheren Version sollte die Verbreitung von Staatsge-

heimnissen einschließlich von Informationen über die Beziehungen zwischen der chinesischen Zentralregierung und Hongkong strafbar sein; klargestellt wurde nun, dass diese Regelung eng auf solche Politikfelder bezogen sei, die im *Basic Law* klar als Zuständigkeit der Zentralregierung beschrieben werden, wie etwa Fragen der Verteidigung oder der nationalen Sicherheit.

- Ferner wurde klargestellt, dass sich nur derjenige eines „unbefugten Zugangs“ zu geheimen Materialien schuldig mache, wer sich diese durch Diebstahl, Raub, Bestechung oder unrechtmäßiges Eindringen in Computersysteme beschaffe. Mit dieser Modifikation wurde offenbar Befürchtungen aus Medienkreisen Rechnung getragen, dass die neue Gesetzgebung die Pressefreiheit erheblich einschränken könnte.
- Erschwert wurde auch das Verbot von Organisationen. Hieß es in der ursprünglichen Version, dass eine lokale Organisation in Hongkong behördlich verboten werden könne, wenn sie an eine auf dem chinesischen Festland verbotenen Organisation „angegliedert“ („affiliated“) sei, so wurde nun klargestellt, dass es sich um ein klares Verhältnis der organisatorischen „Unterordnung“ („subordination“) handeln müsse; zudem müsse von Beijing ein „offizielles Dekret“ zum Verbot der betreffenden Organisation auf dem Festland ergehen, bevor die Hongkonger Behörden über ein entsprechendes Verbot entscheiden könnten. In jedem Fall obliege die Entscheidung über das Verbot einer lokalen Gruppe in der SVR der Hongkonger Regierung, nicht der chinesischen Zentralregierung. Unklar ist, ob diese Klarstellung geeignet ist, die Sorgen etwa der Hongkonger Falungong-Organisation zu beschwichtigen, dem geplanten Anti-Subversions-Gesetz zum Opfer zu fallen.

- Außerdem wurde eine Regelung im Straftatsbereich des „Verrats“ modifiziert, indem ausländische Staatsbürger hier generell von der strafrechtlichen Verfolgung ausgenommen wurden. Wegen Verrats sollen sich demnach nur chinesische Staatsbürger mit ständigem Aufenthaltsrecht in Hongkong strafbar machen können. Mit dieser Änderung der ursprünglichen Version reagierte die Regierung explizit auf Bedenken der ausländischen Wirtschaftskreise.
- Schließlich wurde die ursprünglich vorgesehene Stärkung polizeilicher Vollmachten, die es in dringenden Verdachtsfällen ermöglichen soll, Hausdurchsuchungen auch ohne gerichtliche Vollmacht vorzunehmen, eingeschränkt. Der Personenkreis derjenigen, die befugt werden sollen, einen derartigen Verdachtsfall zu indizieren, wurde deutlich reduziert.

Die Reaktionen auf die jüngsten Modifikationen am Anti-Subversions-Gesetz fielen gemischt aus. Die verschiedenen Hongkonger Journalistenverbände reagierten unterschiedlich; während einige in den Änderungen ihre Bedenken durchaus berücksichtigt sahen, blieben andere bei ihrer Auffassung, dass das Gesetz einen schweren Schlag gegen die Pressefreiheit bedeuten würde. Auch Vertreter des demokratischen Parteienlagers erhielten ihre Position aufrecht, dass das Gesetz die demokratischen Rechte und die politische Autonomie Hongkongs erheblich gefährden würde; die jüngsten Modifikationen beträfen nur relativ unbedeutende Details und gingen keineswegs weit genug, um die SVR effektiv vor Übergriffen der chinesischen Zentralregierung zu schützen. Beijing-nahe Parteien und die Mehrzahl der in- und ausländischen Wirtschaftstreiber äußerten sich hingegen zufrieden mit den vorgenommenen Änderungen. Der Vorsitzende der American Chamber of Commerce, der zuvor laute Kritik am Konsultationspapier geäußert hatte, bezeichnete die Modifikationen als einen „Schritt in die richtige Richtung“.

Hongkonger Juristenkreise begrüßten zwar einzelne Änderungen, forderten die Regierung jedoch dringend dazu auf, das Gesetz noch nicht in die Legislative einzubringen, sondern zunächst der Öffentlichkeit einen „white bill“ vorzulegen, dem der geplante Gesetzestext im vollen Wortlaut zu entnehmen sei. Nur durch die Bekanntgabe aller vorgesehenen Details des Gesetzes sei eine demokratische Konsultation zu gewährleisten. Ungeachtet dieser Forderungen zeichnet sich allerdings ab, dass die Regierung ihren Zeitplan einhalten und die Gesetzesvorlage ohne eine weitere Konsultationsrunde bereits Ende Februar in die Legislativversammlung einbringen will, um sie nach Möglichkeit noch im Sommer 2003 zu verabschieden.

Die Hongkonger Regierung legte damit in den vergangenen Wochen und Monaten ein sehr ambivalentes Verhalten an den Tag. Einerseits wurde sie nicht müde zu betonen, dass sie dem öffentlichen Konsultationsprozess höchste Bedeutung beimesse; auch zeigen die Modifikationen eine gewisse Bereitschaft, den Bedenken der Öffentlichkeit – zumindest selektiv – Rechnung zu tragen. Andererseits deutet die in erster Linie quantitative Auswertung der zahlreichen Eingaben, aber auch der Umgang mit den Forderungen nach Offenlegung der Details und größerer Transparenz auf eine stark autoritäre Haltung hin. Diese Ambivalenz dürfte dem Misstrauen Vorschub leisten, das zuletzt offenbar wachsende Teile der Hongkonger Bevölkerung gegenüber der eigenen Regierung und der chinesischen Führung hegen. (Radio Television Hong Kong, Radio 3, 2., 15., 24.12.02, 28.1.03, nach BBC PF, 3., 16., 25.12.02, 29.1.03; Hong Kong AFP, 4.12.02, nach FBIS, 4.12.02; SCMP, 18., 19., 27.12.02, 13., 15., 17., 21., 23., 29.1., 5.2.03; ST, 28., 29.1.03; WSJ, 4., 7., 9., 10., 11., 19.12.02, 28., 29., 30.1.03; FT, 29.1.03; NZZ, 27.12.02, 29.1.03; FAZ, 30.1.03; *Economist*, 1.2.03) -hol-

30 24-stündige Öffnung des Grenzübergangs Lok Ma Chau

Mit Beginn vom 27. Januar ist der Grenzübergang Lok Ma Chau, der die SVR mit der Sonderwirtschaftszone Shenzhen verbindet, für 24-stündigen Verkehr freigegeben worden. Nach langjährigen Diskussionen handelt es sich damit um den ersten der verschiedenen Hongkonger Grenzübergänge, der durchgehend und uneingeschränkt für den Transit geöffnet ist.

Bereits zuvor war der Grenzübergang Lok Ma Chau für Lastwagen und anderen Güterverkehr durchgehend offen. Erstmals können aber nun auch private Kfz und Busse bei einer Wartezeit von fünf bis fünfzehn Minuten den Transitpunkt zu jeder Tages- und Nachtzeit passieren.

Eine Erleichterung stellt die Öffnung insbesondere für Pendler dar, die bislang bis in die frühen Morgenstunden warten mussten, um die Grenze zu passieren. Die Hongkonger Regierung verspricht sich von der 24-stündigen Öffnung darüber hinaus generell einen belebenden Effekt auf die wirtschaftlichen Beziehungen zum chinesischen Hinterland. Auch festländische Touristen sollen von der durchgehenden Grenzöffnung profitieren. (XNA, 28.1.03; WSJ, 27.1.03; ST, 28.1.02) -hol-

31 Regierungserklärung: Wege aus der Krise?

In seiner Regierungserklärung stellte Tung Chee-hwa zunächst eine Analyse der Situation vor. Gekennzeichnet sei diese durch:

- eine seit 50 Monaten andauernde Deflation, die das Preisniveau um kumuliert 13% reduziert hat; Verlust an Vertrauen in lokale Investitionen und Konsum; fort-dauernde Einkommensrückgänge für bestimmte Bevölkerungsgruppen.
- Der Wohlstand vieler Menschen habe aufgrund der rückläufigen Bewertung von Vermögenswerten abgenommen; einige sehen sich sogar negativen Vermögenswerten gegenüber.

- Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess und die Restrukturierung führten zu Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur und zu steigender Arbeitslosigkeit.
- Der erhebliche Rückgang der Staatseinnahmen und die wachsenden öffentlichen Ausgaben bedingten ein steigendes Haushaltsdefizit. Diese Entwicklung reduzierte die fiskalischen Reserven und beeinträchtigte das Kredit-Rating Hongkongs; mittelfristig könnte hierdurch die Stabilität des Finanzsystems in Gefahr geraten.

Als Ursachen dieser krisenhaften Situation werden in der Regierungserklärung folgende Gründe genannt:

- Das schnelle Wachstum in den letzten zwei Dekaden war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Hongkong die Chancen der Öffnung des Festlands ergriffen hat und eine Verlagerung von Produktionsaktivitäten nach China stattfand. Dadurch konnte Hongkong zu einer auf Dienstleistungen konzentrierten Wirtschaft werden. Gleichzeitig kam es jedoch zu einer Überhitzung, charakterisiert durch steigende Preise der Vermögenswerte.
- Zu diesem Zeitpunkt fand ein schneller Wandel der Weltwirtschaft statt, geprägt durch Globalisierung und den Bedeutungsaufstieg der wissensbasierten Wirtschaft. Hierdurch veränderte sich die Struktur des Wettbewerbs; Wirtschaften mit einer passenden Wirtschaftsstruktur und vielen Fachkräften hatten Wettbewerbsvorteile.
- Hongkongs Wirtschaft überhitzte sich ebenfalls, es gab zu einer „bubble economy“, die zur Kosteninflation führte und Hongkongs Wettbewerbsfähigkeit gefährdete. Die Asienkrise ließ diese Blase zusammenfallen – mit vielen negativen Nebeneffekten.
- Die Umstrukturierung der Hongkonger Wirtschaft ist unter den Rahmenbedingungen

des erfolgreichen Aufstiegs der Nachbarländer sehr schwierig geworden.

- Unter den verschärften Bedingungen der Globalisierung werden die bestehenden Schwächen Hongkongs wie eine dünne technologische Basis und Defizite im Humankapital offensichtlich und beeinträchtigen die Entwicklung.
- Nach dem Platzen der Spekulationsblase, den zyklischen Fluktuationen der Weltwirtschaft, starken Preisunterschieden zwischen Hongkong und den Nachbarländern und einer anhaltenden Deflation sieht sich Hongkong einem längeren wirtschaftlichen Abschwung gegenüber.

Aus Sicht der Hongkonger Regierung soll Hongkong als „Asia's World City“ seine Position konsolidieren, seine Rolle als internationales Finanz- und Dienstleistungszentrum, Knotenpunkt für Informationsdienstleistungen und Logistik sowie als Tourismuszentrum ausbauen. Neues Wissen und Technologien sollen eingesetzt und Dienstleistungen mit einer hohen Wertschöpfung bereitgestellt werden. Insbesondere sollen die wirtschaftlichen Verbindungen zu Festlandchina gestärkt werden.

Um die Erholung der Hongkonger Wirtschaft zu unterstützen, will die Regierung folgende Maßnahmen verfolgen:

- Da Hongkong eine offene Wirtschaft ist, wird dem Einsatz von geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zur Belebung des Wachstums keine große Wirkung zugeschrieben, sodass darauf verzichtet wird. Stattdessen soll die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unterstützt werden.
- Die Maßnahmen sollen sich auf die vier Säulen der Hongkonger Wirtschaft konzentrieren, nämlich Finanzen, Logistik, Tourismus und Dienstleistungen für Produzenten. Die Infrastruktur soll zur Stärkung dieser Schlüsselbereiche besser entwickelt werden.

- Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes für ausländische Investitionen, Inlandsinvestitionen und lokale Wirtschaftsaktivitäten. Ziel ist die Verbreiterung der Produktionskapazitäten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Ausweitung der Steuerbasis.
- Unterstützung der kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen sollen.
- Förderung von kreativen Industrien als Ergänzung der bestehenden Strukturen.
- Stärkung der Humankapitalentwicklung durch höhere Investitionen in die Bildung und berufliche Bildung; gleichzeitig sollen mehr Fachkräfte aus dem Ausland Zugang zum Hongkonger Arbeitsmarkt haben, auch vom chinesischen Festland.

Der Zusammenarbeit mit dem Festland wird in der Erklärung eine wichtige Rolle eingeräumt. Im Einzelnen geht es dabei um folgende Bereiche:

- Bis Juni 2003 soll zwischen der Zentralregierung und Hongkong ein Abkommen über eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen werden. Hier von soll vor allem der Dienstleistungssektor Hongkongs profitieren und die Restrukturierung der Hongkonger Strukturen beschleunigt werden.
- Verbesserung der grenzüberschreitenden Transaktionen, insbesondere hinsichtlich des Stromes von Passagieren, Fahrzeugen und Gütern zwischen Hongkong und dem Festland. So soll am Übergang Lok Ma Chau/Huanggang eine Öffnung von 24 Stunden ab 27.1.2003 stattfinden und die Abfertigung an anderen Übergängen erleichtert werden.

- Engere Kooperation mit dem Perlflossdelta, u.a. über den Bau einer direkten Brückenverbindung.
- Entwicklung neuer Kooperationsfelder mit der Guandongger Regierung und Wirtschaft in Bereichen wie Infrastruktur, Logistik und anderen Dienstleistungen.

Insgesamt finden sich keine wirklich neuen Ansätze zur Belebung der Hongkonger Wirtschaft in der Regierungserklärung. Mehr als bisher noch setzt Hongkong auf die Integration mit dem chinesischen Festland, insbesondere mit dem Perlflossdelta als Hinterland bzw. verlängerte Werkbank Hongkongs. -schü-

32 Regierungserklärung: Fortführung der Bildungsreform

In seiner Regierungserklärung vom 8. Januar 2003 widmete Tung Chee-hwa dem Bildungswesen erstmals weniger Raum als in den vorangegangenen Jahren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dem Bildungswesen keine Priorität mehr zukommt. Das Gegenteil ist der Fall. Tung betonte, dass Bildung weiterhin höchste Priorität genießt und die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt würden. Eine wichtige Voraussetzung für den Umbau der Wirtschaft seien Investitionen ins Bildungswesen. Ziel ist es, eine wissensbasierte Wirtschaft aufzubauen. Zu diesem Zweck sollen lebenslanges Lernen, namentlich Fort- und Weiterbildung sowie Berufsbildung, gefördert werden. Neben der Anhebung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus der eigenen Bevölkerung will man gut ausgebildete Leute aus aller Welt, vor allem aus Festlandchina, ermuntern, in Hongkong zu arbeiten und zu leben. Auch Unternehmer vom Festland sind eingeladen, in Hongkong zu investieren. Von dem verstärkten Austausch und der intensiveren Kooperation mit dem Festland erhofft man sich eine Beschleunigung des Übergangs zur Wissensgesellschaft. Entsprechend sollen die Zuzugsbedingungen geändert werden. Tung stellte einen Bericht über die Bevölkerungspolitik in Aussicht,

der demnächst veröffentlicht werden soll. (BBC EF, 8.1.03)

Tung Chee-hwa konnte darauf verzichten, ausführlich auf die Bildungsreform einzugehen, denn diese ist in vollem Gang, und die Eckdaten sind allseits bekannt (vgl. C.a., 2001/10, Ü 31). Die Regierung hat die Bildungsreform gleich nach dem Souveränitätswechsel mit großem Nachdruck in Angriff genommen; auch wenn es in der Öffentlichkeit heftige Diskussionen gab, so scheinen die Reformen, insgesamt gesehen, auf einem guten Weg zu sein. Lediglich im Hochschulbereich tut man sich schwer, weil hier insbesondere die Verlängerung des Studiums von drei auf vier Jahre bei gekürzten Zuwendungen schwer zu realisieren ist. Durch die Reformen wird das Hongkonger Schulsystem allmählich dem festlandchinesischen System angeglichen. -st-

33 Befragung über Sprachenerziehung

Das Ständige Komitee für Sprachenerziehung und -forschung (Standing Committee on Language Education and Research/SCOLAR) in Hongkong hat der Öffentlichkeit einen „Aktionsplan zur Anhebung der Sprachstandards in Hongkong“ zur Diskussion und Beratung unterbreitet. Ziel des zweimonatigen, bis Ende Februar dauernden Beratungsprozesses ist es, die Meinungen der Öffentlichkeit zur Sprachenerziehung zu hören und Empfehlungen zum Sprachenkomplex zu sammeln. Nach Beendigung des Diskussionsprozesses wird das SCOLAR die Vorschläge verarbeiten und der Regierung seine endgültigen Empfehlungen vorlegen. In dem Aktionsplan geht es hauptsächlich um zwei Fragen: Zum einen soll ein Meinungsbild über die Sprachkompetenz gewonnen werden, die von Schülern, Studenten und Berufstätigen zu erwarten ist, zum anderen wird gefragt, wie Schüler und Studenten zum Erlernen von Sprachen besser motiviert werden können.

Das SCOLAR selbst empfiehlt, bestimmte Standards für die Sprachkenntnisse von Grundschulern, Sekundarschülern, Hochschulabsolventen und Berufsgruppen aufzustellen.

Es strebt für die genannten Gruppen Zweisprachigkeit im Schriftlichen (Chinesisch und Englisch) und Dreisprachigkeit im Mündlichen (Kantonesisch, Putonghua, d.h. Hochchinesisch, und Englisch) an. Eine solche Sprachenkompetenz bedeutet nach Auffassung von SCOLAR für Hongkong einen Wettbewerbsvorteil und sei im Zeitalter der Globalisierung und der weiteren Öffnung des chinesischen Marktes wichtiger denn je. Ohne fließende Englisch- und Chinesischkenntnisse könnten die Hongkonger den Herausforderungen der Zukunft nicht begegnen. Diese Sprachenpolitik findet in der Hongkonger Bevölkerung zwar allgemeine Unterstützung, aber wie dieses Ziel zu erreichen ist, darüber wird seit längerer Zeit heftig diskutiert.

Im Rahmen der Diskussionen über die Sprachenkompetenz wurden in den vergangenen Jahren auch kritische Stimmen laut, die über unzureichende Sprachkenntnisse klagten. Allzu lange hatte man sich in Hongkong dem Glauben hingegeben, dass das Gros der Schulabgänger neben der Muttersprache (Kantonesisch) auch die englische Sprache beherrsche, zumal ein Großteil der Schulen englischsprachigen Unterricht erteilt. Dies war jedoch längst nicht immer der Fall, vielmehr stellte sich heraus, dass die Englischkenntnisse der Hongkonger Schüler, aber auch der Lehrer vielfach zu wünschen übrig ließen. Deshalb ging die Hongkonger Regierung 1998 dazu über, an den meisten Schulen Kantonesisch als Unterrichtssprache einzuführen und Englisch von Grund auf als Fremdsprache zu lehren. Auf diese Weise sollte die Sprachenkompetenz erhöht werden. Zudem wurde das Erlernen von Putonghua nach dem Souveränitätswechsel mehr und mehr propagiert. Infolge der wachsenden Kontakte mit Festlandchinesen wird die Kenntnis des Hochchinesischen von vielen als dringend notwendig erachtet. Ebenfalls seit 1998 ist Putonghua an Hongkonger Schulen Pflichtfach. Jetzt wird die seit den neunziger Jahren praktizierte Sprachenpolitik einer Überprüfung unterzogen. Damit die Sprachenkompetenz tatsächlich ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Festlandchina und dem asiatisch-pazifischen Raum bleibt, bedarf es zwei-

fellos noch weiterer Anstrengungen. (Vgl. XNA, 3.1.03; vgl. auch C.a., 2001/2, Ü 41 u. 2002/9, Ü 31) -st-

34 Neuorganisation des Education and Manpower Bureau

Am 1. Januar ist die Mitte vergangenen Jahres vorgeschlagene Zusammenlegung des Education Department (ED) mit dem Education and Manpower Bureau (EMB) wirksam geworden. Bislang war das ED eine Unterabteilung des EMB mit eigenem Direktor. Mit der Neuorganisation werden eine Verschlinkung der Verwaltung sowie Synergieeffekte bei der Formulierung und Durchsetzung der Bildungspolitik bezweckt. Nach der Umstrukturierung behält die Behörde die Bezeichnung EMB. Durch die neue Struktur soll die Arbeit der beiden bisherigen Organe besser aufeinander abgestimmt und die professionelle Leitung der Schulverwaltung, der Berufsbildung und der Erstellung der Lehrpläne und Qualitätsstandards gestärkt werden. Auch Mittel werden eingespart, pro Jahr rund 14 Mio. HKD. Die Neuorganisation bedeutet praktisch die Abschaffung des ED, die Funktionen des Director of Education gehen formal auf den Permanent Secretary for Education and Manpower über. De facto werden sie jedoch auf dessen Stellvertreter aufgeteilt. Es gibt nun sechs Deputy Secretaries, die jeweils für die folgenden Aufgabenbereiche zuständig sind:

1. Manpower and Post-Secondary Education Branch,
2. Planning and Research Branch,
3. School Administration and Professional Development Branch,
4. School Support and Development Branch,
5. Curriculum and Quality Assurance Branch,
6. Corporate Services Branch. (Vgl. XNA, 3.1.03 u. Press Release vom 2.1.03 über www.info.gov.hk) -st-